



**Am 7. Juni ist Europawahl!**

### **Infobrief 7/2009**

Sehr geehrte Damen und Herren,

in meinem Infobrief lesen Sie diese Woche:

- **Tschechischer Senat nimmt EU-Vertrag an**
- **Überflüssige europäische Regelungen zum Mutterschutz abgewendet**
- **EU-Parlament beschließt neue Kreditregeln**
- **Quisthoudt-Rowohl begrüßt neue EU-Zuständigkeiten nationaler Parlamente**

Weitere Informationen, auch im Vorfeld zu den Europawahlen am 7.Juni, erfahren Sie auf meiner Homepage [www.quisthoudt-rowohl.de](http://www.quisthoudt-rowohl.de).

Bei der Lektüre wünsche ich Ihnen viel Vergnügen!

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl, MdEP

## **Tschechischer Senat nimmt EU-Vertrag an**

Straßburg, 06. Mai. Erleichtert reagierten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf die Entscheidung des tschechischen Senats. Im Laufe des Nachmittags hatte sich das Gremium nach langer Debatte darauf geeinigt, den Vertrag von Lissabon zu ratifizieren.

"Mit einer Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon würde das Europäische Parlament als direkt gewähltes Organ besser an Entscheidungen beteiligt", so die niedersächsische Abgeordnete Quisthoudt-Rowohl. Weiter soll der Reformvertrag der Europäischen Union Transparenz und Effizienz in der EU stärken.

Noch ist der Vertrag jedoch nicht von allen Mitgliedsstaaten angenommen worden. Neben einer Klage beim deutschen Bundesverfassungsgericht ist die Ratifizierung vor allem durch das verpatzte Referendum in Irland gefährdet. Nun schauen alle Augen auf die irische Regierung, die den Vertrag als einziges Mitgliedsland bisher völlig abgelehnt hat. Während des EU-Gipfels am 18. und 19. Juni soll nun versucht werden, eine Einigung mit Irland zu erreichen.

-----

## **Überflüssige europäische Regelungen zum Mutterschutz abgewendet**

Als "völlig unausgewogen und missverständlich" bezeichnete die niedersächsische CDU-Europaabgeordnete Godelieve Quisthoudt-Rowohl den Bericht über die Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz. "Wir haben in Deutschland ein gut funktionierendes System, in dem Mutterschutz und Elternzeit den Müttern und den Familien Schutz und Sicherheit bieten. Der Gesundheitsschutz von Schwangeren und Müttern fällt klar in die Kompetenz der Mitgliedsstaaten. Europa setzt hier lediglich Mindeststandards. Der vorgelegte Bericht schießt über dieses eigentliche Ziel hinaus", so Quisthoudt-Rowohl.

Sie zeigte sich deshalb erfreut darüber, dass der umstrittene Vorschlag am Mittwoch auf Antrag der Europäischen Volkspartei (EVP) an den zuständigen Ausschuss zurückverwiesen werden konnte. Der Frauenausschuss des Europaparlaments hatte sich Mitte April dafür ausgesprochen, den Mutterschutzurlaub EU-weit auf mindestens 20 Wochen auszudehnen und gleichzeitig einen obligatorischen Vaterschaftsurlaub von mindestens zwei Wochen einzuführen. "In der Weiterentwicklung des nationalen Mutterschutzes haben wir unterschiedliche Regelungen, die nicht miteinander verglichen werden können. So sind in Deutschland in der Kombination von Mutterschutz und Elternzeit die Bedingungen mehr als erfüllt. In einigen Ländern wird der Mutterschutz aus steuerlichen Mitteln gezahlt, in anderen dagegen durch die Krankenkassen und die Unternehmen. Die Europäische Union überschreitet deshalb eindeutig ihre Kompetenzen, wenn sie hier detaillierte Vorgaben zu machen versucht", so Quisthoudt-Rowohl weiter.

Eine pauschale Vereinheitlichung sei nicht nur schwierig, sondern de facto gar nicht durchführbar. Die ebenfalls geforderte Verlängerung des Mutterschutzurlaubs von derzeit 14 auf 20 Wochen führe zudem eher dazu, dass weniger Frauen eingestellt werden als Männer. "Frauen im gebärfähigen Alter sind die Hoffnungsträgerinnen für

die Familien und für die Gesellschaft. Sie wollen und sollten deshalb selbst darüber entscheiden, wie viel Auszeit sie brauchen", so Quisthoudt-Rowohl abschließend.

-----

### **EU-Parlament beschließt neue Kreditregeln**

Straßburg, 06. Mai. Von 2011 an müssen sich Europäische Banken auf strengere Regelungen zur Vermeidung von Kreditrisiken einstellen. Während seiner letzten Plenarwoche in Straßburg hatte sich das Europäische Parlament (EP) darauf geeinigt, Banken insbesondere bei dem Weiterverkauf von Kreditforderungen zu beschränken. Ab 2011 müssen Kreditinstitute mindestens fünf Prozent solcher Papiere selber behalten.

"Auch wenn fünf Prozent noch sehr wenig sind, ist es doch ein bedeutender Anfang", so die EU-Abgeordnete Quisthoudt-Rowohl (CDU). Bis Ende des Jahres soll nun von der Europäischen Kommission geprüft werden, inwieweit den Banken ein höherer Prozentsatz abverlangt werden kann. Ursprüngliche Forderungen der CDU-Politiker im EP lagen bei mindestens zehn Prozent.

"Mit einer verstärkten Versicherungsaufsicht, besseren Kontrollen und Regeln für Hedgefonds sowie Ratingagenturen werden erste Maßnahmen der EU auf den Weg gebracht", erklärt die niedersächsische Abgeordnete. Nun sei es vor allem daran gelegen, für eine gute Kontrolle der Umsetzung zu sorgen.

-----

### **Quisthoudt-Rowohl begrüßt neue EU-Zuständigkeiten nationaler Parlamente**

Straßburg, 07. Juni. Das Europäische Parlament (EP) hat die nationalen Parlamente der Mitgliedsstaaten dazu aufgerufen, sich verstärkt an der Politikgestaltung auf EU-Ebene einzubringen. Heute nahm die Mehrheit des Plenums den Bericht über die *Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten im Rahmen des Vertrags von Lissabon* mit großer Mehrheit an. Der Bericht sieht vor, die nationalen Parlamente besser über die Politikbereiche im so genannten Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu informieren.

Des Weiteren können die einzelnen Parlamente Vorschläge zu Änderungen einbringen. Auf diese Art sollen beispielsweise vermehrt Übereinstimmungen bei der Findung von gemeinsamen Rechtsvorschriften erreicht werden. "Den Austausch zwischen der EU und den Parlamenten der Mitgliedsstaaten zu verstärken, wird für beide von großem Nutzen sein", so Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl (CDU). "Der Vertrag von Lissabon bedeutet nicht nur mehr Mitspracherecht für das Europäische Parlament sondern auch eine verbesserte Rolle in politischen Prozessen auf EU-Ebene", so die niedersächsische EU-Abgeordnete.

Ein Austausch soll unter anderem auch durch gemeinsame parlamentarische Aktivitäten gefördert werden. Dies war die letzte Plenumssitzung des Parlaments in dieser Legislaturperiode. Am 7. Juni stehen in der gesamten Europäischen Union die Neuwahlwahlen an.